



Otto-von-Bismarck-Stiftung

Stellungnahme für die schriftliche Anhörung des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Mit Schreiben vom 7. September 2020 hat der Geschäftsführer des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Herr Ole Schmidt, die Otto von Bismarck-Stiftung (OBS) um eine schriftliche Stellungnahme für die Beratungen des Ausschusses über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW zur Aufarbeitung der europäischen und deutschen Kolonialgeschichte in Schleswig-Holstein gebeten. Als Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Stiftung komme ich der Bitte gern nach. Die OBS begrüßt die parlamentarische Initiative des SSW ausdrücklich und erhofft sich von ihr eine möglichst breite, vom Bemühen um historisches Verstehen geprägte öffentliche Debatte über die koloniale Vergangenheit des Landes.

Die Otto-von-Bismarck-Stiftung: Entstehung und Aufgaben

Die OBS ist eine Politikergedenkstiftung des Bundes mit Sitz im historischen Bahnhofsgelände von Friedrichsruh. Sie wurde durch ein Errichtungsgesetz des Deutschen Bundestages vom 23. Oktober 1997 als bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Zu den Aufgaben der seit 1998 dem Verantwortungsbereich der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien unterstellten Institution gehören die wissenschaftliche Forschung und historisch-politische Bildungsarbeit über ihren Namensgeber und dessen Zeit. Neben wissenschaftlichen Konferenzen, Vortragsveranstaltungen, Sonder- und Wanderausstellungen sowie Führungen durch den Lern- und Erinnerungsort Friedrichsruh bietet die OBS in ihrer Dauerausstellung und in den von ihr betreuten Bismarck-Museen in Friedrichsruh und Schönhausen ein umfangreiches museumspädagogisches Programm für Schulklassen, Studierende sowie sonstig historisch interessierte Bürger. Die Leistungen der Jahrhundertgestalt Bismarck zu würdigen, ohne die Grenzen und Defizite seines Handelns zu ignorieren, die vielschichtigen Probleme der von ihm mitgeprägten Ära auch in ihrer europäischen, ja globalen Dimension aufzuzeigen, Individuelles und Allgemeines in einer Epoche des Umbruchs in ihrer historischen Verschränkung zu betrachten und dabei stets den Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart zu verdeutlichen, darin sieht die OBS ihre zentralen Aufgaben.

Die deutsche (und europäische) Kolonialgeschichte als Tätigkeitsfeld der Otto-von-Bismarck-Stiftung

Im Bewusstsein um die fundamentale Bedeutung des Reichskanzlers Otto von Bismarck für die Entscheidung zum Eintritt in die Ära deutscher Kolonialpolitik hat die OBS das Feld der europäischen Kolonialgeschichte seit Anbeginn ihrer Tätigkeit intensiv beackert. Vor dem Hintergrund der sich ausweitenden internationalen Debatte über den Postkolonialismus und der Tatsache, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vom 12. März 2018 die „Aufarbeitung des Kolonialismus“ zu einem zentralen Tätigkeitsfeld ihrer Kulturpolitik erhob, gewann das Thema für die OBS noch größere Bedeutung. Leiten lässt sie sich dabei auch von Denkanstößen der Postcolonial Studies, denen zufolge die Verflechtung der Welt seit dem 18. Jahrhundert untrennbar mit der von rassistischem Gedankengut infizierten Einrichtung kolonialer Unrechtssysteme verbunden ist und das Erbe auch im heutigen Deutschland fortwirkt, obwohl das deutsche Kolonialreich 1919 unterging. Bedenklich wirkt aus Sicht der OBS allerdings die bei manchem Vordenker vorhandene Tendenz, die Postcolonial Studies nicht nur als Wissenschaft zu betreiben, sondern als politische Widerstandsform gegen Rassismus, Kapitalismus und die Vorherrschaft des Westens zu benutzen.





Konkrete Arbeiten der Otto-von-Bismarck-Stiftung zur Kolonialgeschichte

Die Forschungs- und Vermittlungsaktivitäten der OBS zur deutschen und europäischen Kolonialpolitik sowie zu der damit verbundenen Erinnerungskultur umfassen unterschiedliche Publikationsformen (Quellensammlungen, Sammelbände, Aufsätze) und Veranstaltungstypen (Vortragsabende, Ausstellungen), Online- und Digitalisierungsprojekte, universitäre Lehrveranstaltungen und die Arbeit mit Schulgruppen der Sekundarstufen I und II (Führungen durch die Ausstellung, Workshops, Zoom-Konferenzen). Seit 2017 nimmt die OBS im Rahmen des Projekts „Zwischen Weltoffenheit und Kolonialismus“ an der Erfassung und Digitalisierung ethnografischer Objekte in den Sammlungen der Museen in Schleswig-Holstein teil. 2019 wirkte sie auf Bitten des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Kiel an der Beantwortung der Großen Anfrage des SSW mit. Ein Überblick ihrer kolonialgeschichtlichen Tätigkeit ist abrufbar unter: <https://www.bismarck-stiftung.de/2020/08/07/kolonialpolitik-forschung-und-vermittlung/>.

Die Haltung der Otto-von-Bismarck-Stiftung zum Umgang mit Straßennamen und Denkmälern von Personen mit kolonialer Vergangenheit

Bismarck ist mit Denkmälern, Türmen, Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum sehr präsent. Was manchen Anhänger seiner politischen Leistungen kritiklos freut, verstört die Gegner seiner evidenten Fehlleistungen. Doch Heroisierung und Dämonisierung greifen zu kurz. Geradezu absurd wirkt es zu glauben, man könne die zurecht kritisierte „koloniale Amnesie“ in Deutschland durch Denkmalstürze und den Abbau von inkriminierten Straßenschildern quasi heilen. So wenig Zweifel daran bestehen kann, dass der „blinde Fleck“ der Kolonialgeschichte (Staatsministerin Monika Grütters) in der deutschen Erinnerungskultur beseitigt werden muss, hält die jüngst in Hamburg und anderen Orten der Republik im Zuge der Black-lives-Matter-Bewegung artikuliert Identifizierung des Kolonialpolitikers Bismarck als Rassisten einer genaueren Prüfung nicht stand. „Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik“, versicherte Bismarck 1881. Wenn er sich nach dem Ausbruch des Kolonialfiebers im Reich 1882 der Forderung der Imperialisten glaubte nicht entziehen zu können, betrieb er die Kolonialpolitik fernab von Kolonialenthusiasmus seit 1884 aus einem Bündel von Motiven, die vom Streben nach neuen Märkten über den Sieg bei den nahenden Reichstagswahlen bis hin zur Sorge um sein Amt im Falle eines Thronwechsels reichten. Eine, wenn nicht die zentrale Rolle spielte der Erhalt des europäischen Friedens durch eine Unterstützung der französischen Kolonialinteressen. Höhe- wie Wendepunkt dieses Unterfangens war die Berliner Afrika-Konferenz 1884/85. Als sein Werben um eine „Kolonialehe“ mit Frankreich kurz darauf scheiterte, beendete Bismarck das koloniale Abenteuer abrupt. „Nur kein Colonial-Chauvinismus!“ lautete fortan sein Credo.

Dass Bismarck „an entscheidender Stelle Weichen gestellt“ habe, die ein knappes Jahrzehnt nach seinem Tod zum „Genozid“ gegen die Herero und Nama führten (Jürgen Zimmerer), kann nur behauptet werden, wenn man die These vertritt, dass irgendwie alles mit allem zusammenhängt. Von „Weltpolitik“ im Sinne Kaiser Wilhelms II. wollte Bismarck nie etwas wissen. Wer dem Kolonial-skeptiker bei seinem mehr taktischen als strategischen Kolonialerwerb Zynismus vorwirft, übersieht einen wesentlichen Charakter neuzeitlicher Diplomatie: den Grundzug der Realpolitik. Die Einsicht in das nötige und mögliche Handeln in komplexen politischen Situationen führt Regierungen bis in die Gegenwart immer wieder zu Kurswechseln. Freilich darf nicht verschwiegen werden, dass das Einrichten von sogenannten Schutzgebieten in Übersee 1884/85 durch das Deutsche





Reich die Rechte der indigenen Bevölkerungen missachtete und heutigen völkerrechtlichen Standards eklatant widerspricht. Aber: So wie etwa China über Jahrhunderte eine kulturell-zivilisatorische Überlegenheit gegenüber den „Barbaren“ der übrigen Welt für sich beanspruchte und diesen Anspruch durch Expansion des Reichs der Mitte auch umsetzte, begriff sich Europa im 19. Jahrhundert als globale Vormacht und maßte sich das Recht an, seine imperialen Begierden auf fremde Kontinente zu übertragen.

Wenn wir Bismarcks Handeln aus seiner Zeit heraus zu beurteilen versuchen, meint das nicht, es zu exkulpieren, zu entschuldigen. Aufgefordert sind wir vielmehr dazu, seine Vergangenheit an ihren ehemals mehrheitlich geteilten moralischen Standards zu messen, ohne unsere gegenwärtigen Maßstäbe auszublenden. Die von uns heute so empfundene historische Bürde der Bismarck'schen Kolonialpolitik wurde von den Zeitgenossen nicht als Last empfunden - im Gegensatz zu dem nicht von ihm verantworteten Völkermord an den Herero und Nama.

Was die Denkmäler betrifft, die Bismarck zu Ehren an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert von Bürgern und Vereinen errichtet worden sind, galten sie weniger dem Kolonialpolitiker denn dem Reichsgründer und „ehrlichen Makler“, der Deutschland Einheit und Frieden gebracht hatte. Dass Bismarcks politische Bilanz auch dunkle Schatten aufweist, ist unbestritten. Wenn die Verfechter des Postkolonialismus meinen, den Eisernen Kanzler nicht länger mit Denkmälern „feiern“ zu können, weil er ihren moralischen Standards nicht mehr genüge, übersehen sie, dass die Denkmäler vielerorts in einhegungsfähige Kontexte gelangt sind, etwa wenn ein Bismarck-Denkmal auf einem Geschwister-Scholl-Platz steht, so dass eher von kritischem Erinnern als von Feiern die Rede sein sollte. Und sie berauben sich und andere der Chance zum kritischen Gedenken.

Hüten wir uns auch und gerade vor dem Hintergrund der dunklen Seiten der deutschen Geschichte vor dem geschichtsvergessenen Orwell'schen Clean Sweep einer Gegenwart, die ihre Vergangenheit nicht mehr aushält. Nicht der lautstarke Ruf minoritärer Gruppen nach „Auslöschung“ von Denkmälern und Verbannung der Kolonialgeschichte in Schulbücher darf die Debatte bestimmen, sondern der breite öffentliche Diskurs. Statt eine in der Tat facettenreiche, ambivalente historische Figur aus einer Laune des Zeitgeistes heraus aus dem kollektiven Gedächtnis zu verbannen, sollte es in den zuständigen Kommunen um eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit den öffentlichen Bismarck-Orten gehen, sei es durch dauerhafte Kommentierungen der heute befremdlich wirkenden ikonografischen Heldenaussage oder durch zeitweise Einhegungen mittels historisch-kritischer oder künstlerischer Bildungsangebote. Nicht *Cancel Culture*, sondern demokratische Streitkultur! Stets gilt es dabei zu bedenken, dass unser heute moralisch einwandfrei wirkendes Tun schon morgen der Verdammung anheimfallen könnte. Der Zeitgeist ist ein unstetes Wesen.

Die Position der Otto-von-Bismarck-Stiftung zum Kolonial-Denkmal in Aumühle

In der Landtagsdebatte vom 18. Juni 2020 wurde die Frage aufgeworfen, ob ein in Aumühle stehendes Kolonialdenkmal, das Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck in stilisierter Form mit Soldaten der ostafrikanischen Hilfstruppen und einem indigenen Träger zeigt, beseitigt werden müsse, da Lettow-Vorbeck am Völkermord an den Herero und Nama teilgenommen habe. Während der Abgeordnete Lars Harms (SSW) vor der Beantwortung der Frage „mehr Informationen“ einforderte, sprach sich Jan Marcus Rossa (FDP) gegen den Abriss aus, „denn die Beseitigung wirkt am Ende wie das Leugnen unserer eigenen Geschichte, das Unsichtbarmachen einer Vergangenheit, der wir uns stellen müssen“ (Sitzungsprotokoll, S.6725 u. 6730f.)





Die OBS pflichtet dem doppelten Plädoyer für mehr Information und gegen die Beseitigung uneingeschränkt bei. Sie empfiehlt allerdings auch, in den kommenden Beratungen zu berücksichtigen, dass das fragliche Denkmal als Privatbesitz auf dem Grundstück eines Aumühler Restaurants steht. Der Landtag von Schleswig-Holstein sollte nicht den Eindruck erwecken, als ob er im Rahmen der vom SSW initiierten Aufarbeitung der europäischen und deutschen Kolonialgeschichte Privateigentum zu konfiszieren beabsichtige.

Der verwickelte Entstehungszusammenhang, die einseitige Botschaft sowie der geschichtliche Hintergrund des an den deutschen Kolonialismus völlig unkritisch erinnernden, notabene erst 1955 aufgestellten Lettow-Vorbeck-Denkmal erschließen sich dem Betrachter nicht ohne Kommentierung. Im Einvernehmen mit dem Pächter des Restaurants hat die OBS durch ihren wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Ulf Morgenstern einen Flyer erarbeitet (s. Anlage), der allen Interessierten im Foyer des Hauses Auskunft über die spätexpressionistische Plastik des Bildhauers Walther von Rukteschell bietet.

Friedrichsruh, den 9. September 2020

gez. U. Lappenküper



**Das „Deutsch-Ostafrika-Ehrenmal“ in Aumühle.
Ein kolonialrevisionistisches Denkmal aus dem Jahr 1955**

Die spätexpressionistische Plastik, entstanden zwischen 1935 und 1955, stellt in stilisierter Form eine Szene aus dem Ersten Weltkrieg dar: In der Mitte steht der behelmte Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck (1870-1964), flankiert von einem Soldaten der ostafrikanischen Hilfstruppen (links) sowie einem sitzenden indigenen Träger (rechts). Die Gruppe überschaut das vor ihr liegende Gelände. Das überlebensgroße Denkmal mystifiziert die vermeintliche Treue tansanischer Afrikaner an der Seite deutscher Kolonialtruppen gegen die Übermacht aus Briten, Belgiern und Südafrikanern.



Foto: Lothar Neinass

Tatsächlich beruhte Lettow-Vorbecks militärisches Vorgehen in den Jahren 1914-1918 nicht auf freiwilliger Kameradschaft zwischen Herrschern und Beherrschten, sondern auf „Terror und Zwang“ und einer „totalen Mobilisierung“ (T. Bührer). Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im April 1919 avancierte der „einzige im Weltkrieg unbesiegte General“ des untergegangenen Kaiserreichs zu einer Integrationsfigur monarchisch-militaristischer Strömungen. Eine zentrale Rolle kam ihm in kolonialrevisionistischen Kreisen zu.

Aus deren Reihen wurde Mitte der 1930er Jahre ein Denkmal für den auch der NS-Propaganda dienenden Helden am Düsseldorfer Rheinufer in Auftrag gegeben. Der Bildhauer Walther von Rukteschell (1882-1941), Adjutant Lettow-Vorbecks im Ersten Weltkrieg und später Ghostwriter sowie Illustrator von dessen Memoiren „Heia Safari“, verstarb vor der Fertigstellung. Seine Witwe vollendete die 3,60 m x 3,20 m große Sandsteinplastik in den späten 1940er Jahren.

Da nach dem Ende des Deutschen Reiches an die Aufstellung in einem großstädtischen Raum nicht mehr zu denken war, suchten die Kolonialveteranen nach einem alternativen Standort. Aus ihrer Sicht hatte das Denkmal nun sogar eine zusätzliche Botschaft bekommen, da die Eintracht suggerierenden kolonialen Militärfiguren an positive, sich von den Untaten der Nationalsozialisten abhebende Momente deutscher Großmachtgeschichte erinnerten.

Paul von Lettow-Vorbeck, über Bismarcks Bruder Bernhard mit den Bismarcks verwandt und seit einem Freikorps-Einsatz in Hamburg im Jahr 1919 auch mit ihnen persönlich bekannt, wandte sich an die Familie, die einen Standort nahe des Restaurants Waldesruh zur Verfügung stellte. Die Reminiszenz an Otto von Bismarck als Gründer des deutschen Kolonialreichs erschien in den 1950er Jahren noch naheliegend. Kritik ist nicht überliefert.

Das in Deutsch-Ost-Afrika bis 1914 im Eisenbahn- und Brückenbau engagierte Bauunternehmen „Philipp Holzmann“ übernahm aus alter Verbundenheit mit Lettow-Vorbeck den Transport aus dem Dachauer Atelier Rukteschells nach Aumühle.

Am 8. Mai 1955 wurde das Denkmal eingeweiht. Die Festansprache vor 300 Anwesenden hielt der Schleswig-Holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (1913-1997), selbst ein „alter Afrikaner“. Seitdem steht die Figurengruppe am östlichen Rand des Sachsenwaldes. Der verwickelte Entstehungszusammenhang, die einseitige Botschaft sowie der zunächst kolonial- und später auch zeitgeschichtliche Hintergrund des unkritisch an den Kolonialismus erinnernden Denkmals erschließen sich nicht ohne Kommentierung.

*Dr. Ulf Morgenstern, Otto-von-Bismarck-Stiftung,
Am Bahnhof 2, 21521 Friedrichruh,
umorgenstern@bismarck-stiftung.de*

Weitere Informationen:

Tanja Bühner, Afrikanische und deutsche Kriegserfahrungen in Ostafrika während des Ersten Weltkriegs, in: Flavio Eichmann, Markus Pöhlmann, Dierk Walter (Hrsg.), Globale Machtkonflikte und Kriege – Festschrift für Stig Förster zum 65. Geburtstag, Paderborn 2016, S. 211-232 und
Ulf Morgenstern, Globalgeschichte jenseits der Metropole. Bismarcks Friedrichsruh als kolonialgeschichtlicher Erinnerungsort, Manuskript (ca. 250 Seiten), im Druck.